

„Was Jamaika zu Lüneburg einfällt...“
EINE ANALYSE DER GRUPPENVEREINBARUNG VON GRÜNEN, CDU UND FDP
IM STADTRAT LÜNEBURG

Die Gruppe bestehend aus GRÜNEN, CDU und FDP, unter tatkräftiger Mithilfe der LINKEN, hat sich nichts weniger als einen politischen Neuanfang für Lüneburg vorgenommen. Man setzt sich dafür ein „dass politische Entscheidungen von sorgfältig gegeneinander abgewogenen Sachargumenten getragen werden.“

Nimmt man sich den Gruppenvertrag zur Grundlage, entsteht allerdings ein anderer Eindruck: Viele Themen werden nur sehr oberflächlich beschrieben, wichtige Entscheidungen auf die lange Bank geschoben und zentrale Aspekte ganz ausgeblendet. Im Folgenden wollen wir einzelne Aussagen des Gruppenpapiers betrachten und ihnen „unsere“ sozialdemokratischen Positionen entgegenstellen.

Stichwort Stadtentwicklung

Zitat: „Die Grundlage des Stadtentwicklungskonzeptes sollen neben dem Klimagutachten auch die Neuauftellung des Flächennutzungsplanes und die Überarbeitung des Landschaftsplanes bilden. (...) Eine weitere Verdichtung der Stadt ist erst nach Prüfung und Ausschöpfung weiterer, ähnlich wirksamer Maßnahmen anzustreben.“

Die SPD stellt dazu fest:

Das die Stadt Lüneburg wächst, ist Ausdruck ihrer Attraktivität. Auch durch die Lage in der Metropolregion ist nach Maßgabe aller gängigen Studien in den kommenden Jahren mit einem weiteren Wachstum zu rechnen. Dieses Wachstum muss gestaltet werden. **Dabei ist auf Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich zu achten: Die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes ist daher die vordringlichste Aufgabe Lüneburger Stadtpolitik in den kommenden Jahren.** Das Wohnungsbauprogramm, das Oberbürgermeister Mädge gemeinsam mit der SPD im vergangenen Jahr vorgelegt hat, bildet die Grundlage für die Erreichung dieses Ziels. Die SPD bekennt sich ausdrücklich zur Schaffung von zusätzlichem und bezahlbarem Wohnraum innerhalb der Grenzen der Stadt. Das ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und Fragen des Individualverkehrs allemal nachhaltiger als die weitere Zersiedlung von Flächen in der Umgebung Lüneburgs: Eine älter werdende Gesellschaft lebt am besten in Städten, in denen die notwendige Infrastruktur leicht erreichbar ist und gleichzeitig ein ÖPNV Angebot Individualverkehre überflüssig macht.

Die Gruppe verweigert sich dieser zentralen Aufgabe. Stattdessen soll die Neufassung eines Klimagutachtens für die ganze Stadt, sowie die Neuauftellung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes sowie ein Stadtentwicklungskonzept abgewartet werden. Das verursacht unübersehbare Kosten und verzögert den dringend benötigten Bau von

Wohnraum in unverantwortlicher Weise um etliche Jahre. **Die steigenden Mieten betreffen viele Menschen in Lüneburg ganz direkt – hier ist rasches Handeln geboten!**

Stichwort Schule

Zitat: „Eine herausragende Verantwortung bei der Erziehung kommt in der heutigen Gesellschaft der Schule zu, deshalb ist die bereits jetzt schon vielfältige Schullandschaft zu gestalten.

Die SPD stellt dazu fest:

Wenn die Gruppe behauptet, „statt Schulen zu sanieren, habe man lieber Geld in Projekte wie das Museum fließen lassen“ (Nils Webersinn), so ist das schlicht falsch: Auf Initiative der SPD hin sind seit 1996 über 90 Mio. Euro in Schulen und ihre Infrastruktur investiert worden: Eines der wichtigsten Vorhaben der vergangenen Jahre im Stadtrat war die Verabschiedung des „Bildungsfonds“, der den dringend notwendigen Ausbau der Lüneburger Schulen im Hinblick auf Ganztagschule, energetische Sanierung und Inklusion ermöglicht. Die CDU hat sich diesem Programm seinerzeit verweigert. Genau hier liegt aber die Hauptaufgabe Lüneburger Schulpolitik. **Um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und allen Menschen unabhängig von Herkunft (Geflüchtete), sozialem Status oder Behinderung (Inklusion) gleiche Chancen zu ermöglichen, muss der Bildungsfonds umgesetzt werden.**

Stichwort Kindergärten und Krippen

Zitat: „Bei der Gebührenerhebung für Kindertagesstätten sind keine weiteren Belastungen der Eltern akzeptabel; stattdessen ist eine finanzielle Entlastung anzustreben.“

Die SPD stellt dazu fest:

Dass die Gebühren für Kinderbetreuung nach Möglichkeit zu reduzieren sind, ist politischer Konsens zwischen allen Parteien. Die erst vor einem halben Jahr einstimmig im Stadtrat beschlossene Gebührenordnung trägt diesem Ziel im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt auch Rechnung und sorgt für mehr Gerechtigkeit bei der Gebührenstaffelung. Das Angebot für Kinderbetreuung in Lüneburg ist qualitativ hochwertig, der Betreuungsschlüssel etwa liegt über den gesetzlich festgelegten Normen. Diese Qualität gilt es zu sichern und weiter zu verbessern. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage in Lüneburg muss aber festgestellt werden: Gerade durch die große Anzahl der Kinder aus Familien von Geflüchteten stehen die Kindertagesstätten in Lüneburg vor großen Herausforderungen. Das Angebot muss ausgeweitet werden, weitere Erzieherinnen und Erzieher müssen eingestellt werden und allen in den Kindertagesstätten Arbeitenden müssen Kompetenzen im Umgang mit Kindern mit Migrationshintergrund vermittelt werden. Kindertagesstätten müssen allen Kindern eine qualitativ hochwertige Betreuung bieten können! **Eine überzeugende Antwort auf diese inhaltlichen Herausforderungen an die Kinderbetreuung ist weitaus wichtiger als der Versuch, die Gebühren weiter zu senken, was überwiegend gut verdienenden Familien zugute käme, da Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bzw. Alleinerziehende schon heute in der Regel keine Gebühren für die Kinderbetreuung zahlen.**

Stichwort Verkehr

Zitat: „Der Parkraum an den Sülzwiesen (...) ist zu bewirtschaften, ohne jedoch die kostenfreien Parkmöglichkeiten für Anwohner und Arbeitnehmer der Innenstadt auszuschließen.“

Die SPD stellt dazu fest:

Die erwarteten Mehreinnahmen aus den Parkgebühren auf den Sülzwiesen sollen nach Auffassung der Gruppe nun sowohl für die Absenkung der Kita-Gebühren, den Mehraufwand beim Ordnungsamt, zusätzliche Gutachten oder eine deutlich erhöhte Entschädigung der Ratsfraktionen verwendet werden.

Die Idee, die Parkplätze auf den Sülzwiesen kostenpflichtig zu machen, ist nicht neu. Sie wurde von einem auf diesem Gebiet tätigen Lüneburger Unternehmen entwickelt. Schnell allerdings wurde klar: Das Konzept ist nicht umsetzungsfähig, da kaum sauber abzugrenzen ist, wer als Anwohner oder Arbeitnehmer in der Innenstadt kostenfrei parken darf. Mögliche Mehreinnahmen werden durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand aufgeessen. Darüber hinaus hat sich der Lüneburger Einzelhandel entschieden gegen Parkgebühren an dieser Stelle ausgesprochen, da sie die Attraktivität des „Kaufhauses Innenstadt“ massiv beeinträchtigen. **Wichtiger als der Versuch, Bürger zusätzlich zur Kasse zu bitten, ist die sorgfältige Steuerung des Verkehrs. Vor allem bei der Erschließung von dringend benötigtem neuem Wohnraum ist auf eine gute ÖPNV-Anbindung zu achten.**

Stichwort Finanzen

Zitat: „Um eine transparente Darstellung des Haushaltes zu ermöglichen soll ein öffentlicher Finanzausschuss mindestens zwei Mal jährlich zusammentreten.“

Die SPD stellt dazu fest:

Die Einrichtung eines Finanzausschusses ist Konsens zwischen allen Fraktionen des Stadtrates. **Wichtiger allerdings ist, dass die „Jamaika-Gruppe“ sich entgegen anderslautender Äußerungen von den gemeinsamen Sparzielen und der Verpflichtung zu sorgfältigem Haushalten verabschiedet.** Die geplanten Gutachten und Rahmenplanungen verursachen Kosten in siebenstelliger Höhe. Auch bei der von der Gruppe vorgeschlagenen Neufassung der Entschädigungssatzung für den Rat entstehen Mehrkosten von geschätzt 85.000€ per anno. Eine von der Gruppe angestrebte Ausweitung des Ordnungsdienstes, um „Verstöße gegen jedwede Verkehrsverbote für Individualverkehr in den Fußgängerzonen verstärkt zu sanktionieren“ verursacht erhebliche Mehraufwendungen. Wir fordern die Fortführung der Haushaltskonsolidierung und Zurückhaltung bei der Erhöhung von Zuschüssen für Parteien und Fraktionen.

Stichwort Kultur

Zitat: „Die Hansestadt Lüneburg bietet ein lebendiges und vielfältiges kulturelles Angebot für alle Altersschichten. Dies Angebot gilt es, zu stärken, kontinuierlich weiterzuentwickeln und möglichst allen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen.“

Die SPD stellt dazu fest:

Konkret geht es um die Zukunftssicherung zentraler Institutionen, Theater und Museumslandschaft, vhs, Musikschule und die Kunstschule Ikarus, um nur einige zu nennen. Wenn die Gruppe Investitionen in das neue Museum kritisiert (LZ vom 19.11.2006), zeigt sich, dass sie den Zusammenhang zwischen Bildung und Kultur nicht verstanden hat. Einrichtungen der kulturellen Bildung wie das neue Museum gehören genau zu der „Bildungsinfrastruktur“, von der die Gruppe spricht.

Genauso wichtig ist aber das Schaffen von Rahmenbedingungen für die freie Kulturszene – dazu gehört die Kulturberatung bei der Sparkassenstiftung, die Kulturbäckerei, die Unterstützung studentischer Initiativen sowie vieler anderer kleiner und größerer, immer wieder neuer Initiativen. Hier ist in den vergangenen Jahren viel erreicht worden.

Grundsätzlich gilt: ein vielfältiges kulturelles Angebot entsteht durch die Initiative der aktiven Kulturschaffenden. Die Stadt bietet schon heute die geeigneten Rahmenbedingungen – im übrigen sollte sich Kultur frei entfalten und entwickeln können.

Stichwort Bürgerpartizipation

Zitat: „Die Gruppenpartner stimmen überein, dass sich Partizipation nicht nur auf das Recht der Bürgerinnen und Bürger an Wahlen teilzunehmen beschränken darf.“

Die SPD stellt dazu fest:

Die Erfahrung lehrt: Der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern findet am besten vor Ort, in den Ortsräten oder in Bürgerversammlungen statt. Die Bedeutung der Ortschaften ist zu stärken! Hier findet Demokratie vor Ort statt.

Die SPD und ihr Oberbürgermeister entziehen sich keiner Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, gerade auch in den schwierigen Diskussionen zur Unterbringung von Geflüchteten zeigte sich der enge Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese direkte Form der Begegnung ist zu pflegen und auszubauen.

Die Übertragung von Ratssitzungen im Internet ist grundsätzlich begrüßenswert. Wichtiger aber ist ebenso die Präsenz der gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat dort, wo sich Bürgerschaft trifft, etwa in den Stadtteilhäusern oder bei Vereinen und Verbänden. **Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern lässt sich nicht institutionalisieren, sondern er muss gelebt werden.**

Zusammenfassung:

„... und wozu Jamaika gar nichts einfällt!“

Über das zentrale Thema der Integration der nach Lüneburg zugezogenen Geflüchteten verliert die Gruppe kein Wort. **Dringend nötig ist ein Integrationskonzept, das Bildung, Unterbringung und Teilhabe organisiert und Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich in Lüneburg insgesamt im Blick hat. Dabei ist darauf zu achten, dass auch die Geflüchteten selber ihren aktiven Beitrag leisten.** Dieses Integrationskonzept steht in engem

Zusammenhang mit dem Bildungsfonds und dem Wohnungsbauprogramm. Verantwortliche Politik für Lüneburg muss diesen zentralen Herausforderungen gerecht werden!

Im Wahlkampf mahnte die CDU auf einem Wahlplakat an, man möge weniger Reden und mehr Handeln. Der Gruppenvertrag von GRÜNEN, CDU und FDP weist nun den genau gegenteiligen Weg. Zentrale politische Herausforderungen der Stadt blendet die Gruppe aus, wichtige Maßnahmen werden durch langwierige und teure Gutachter- und Planungsverfahren verzögert. Gleichzeitig plant die Gruppe, Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur Kasse zur Bitten (Parkgebühren auf den Süzwiesen) und im selben Atemzug die Kosten für die Ratsarbeit deutlich zu erhöhen. Diese Gruppe bedeutet aus unserer Sicht Stillstand und nicht Aufbruch.

Die SPD wird sich im Gegensatz zur Jamaika-Gruppe mit neuer Energie um die tatsächlichen Herausforderungen in Lüneburg kümmern und lädt die Mitglieder der Gruppe nachdrücklich zur sachorientierten Zusammenarbeit ein!